

Aktiv-Mäntel zum Wohlfühlen. Bugatti ist federleicht und bärenstark. Jetzt mit dem GORE-TEX-Komfort: wasserdicht-winddicht-atmungsaktiv. Die wertvolle GORE-TEX-Membrane ist in ihrer Wirkung so unvergleichbar wie unsere Haut.

Männermode in Bewegung

BUGATTI

GORE-TEX
wasserdicht-winddicht-atmungsaktiv

Mäntel · Jacken · Blousons · Hemden
F.W. Brinkmann · D-4900 Herford

dig unter Drogen stand? Die Staatsanwaltschaft macht sich da keine Sorgen: „Insbesondere das Aussageverhalten Pinzners in länger andauernden Vernehmungen“, so heißt es zur Rechtfertigung der Anklage, „belegt seine Konzentrationsfähigkeit bei der Darstellung des Tatgeschehens.“

Der politische Druck auf die Ermittler, im spektakulärsten Kriminalfall der westdeutschen Nachkriegsgeschichte einen überlebenden Mörder zu überführen, war so groß, daß sie sich zudem auf ein riskantes Geschäft mit einem Mann einließen, der selber unter Mordverdacht steht: Der Nusser-Partner vom Kiez, Gerd Gabriel, soll der zweite Kronzeuge im Pinzner-Prozeß werden.

Dem Bordellier Gabriel hat die Kripo viel zu verdanken. Er verriet den Killer und seine Auftraggeber bei der Polizei – aus „Angst, selbst Opfer des nächsten Auftrags werden zu können“ (Anklage). Und er konnte viel erzählen, schließlich war er selbst oft genug im „Chicago“.

Doch umgekehrt hat auch Gabriel den Ermittlern vieles zu verdanken. Ähnlich wie Pinzner bekam der wegen Kokainhandels inhaftierte Bordellboß hinter Gittern alle möglichen Wünsche erfüllt. Er konnte sogar Puff-Geschäfte weiterbetreiben, ein Polizeibeamter spielte den Geldbriefträger.

Der Prozeß wegen Gabriels Beteiligung am Kokainhandel, unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt, endete mit einem von Kennern der Drogenjustiz als erstaunlich mild empfundenen Spruch: vier Jahre und drei Monate Haft. Unglaublich großzügig ging die Staatsanwaltschaft mit einer Latte von weiteren Vorwürfen gegen den Kronzeugen Gabriel um. Ermittlungen wegen Körperverletzung, Erpressung, Diebstahl, Nötigung und „ausbeuterischer Zuhälterei“ wurden als „unwesentlich“ eingestellt. Ein Strafverfahren gegen Gabriel wegen „räuberischer Erpressung“ – eine Freundin sollte angeblich gezwungen werden, 50 000 Mark an ihn zu zahlen – endete im Nichts: Dem Verdächtigen sei nichts zu beweisen.

Diese Praxis brachte der zuständigen Staatsanwältin eine Strafanzeige wegen „Strafvereitelung im Amt“ ein. Die Autorin der Anzeige: Nusser-Verteidigerin Leonore Gottschalk-Solger.

Nach Ansicht der Anwältin gehört Gabriel neben Nusser auf die Anklagebank, auch er wegen „versuchten Mordes“. Denn Gabriel selber hat der Polizei ins Protokoll diktiert, er habe im Auftrag von „Chicago“-Leuten versucht, Pinzner zu einem stillen Treffpunkt zu locken: Dort sollte der „Eliminator“ selbst eliminiert werden.

Eine Tonband-Kassette ist es, die den Kronzeugen Gabriel endgültig disqualifizieren könnte. Es ist eine der Kassetten, die Pinzner heimlich auf einem Minirecorder mitlaufen ließ, wenn er mit seinen Auftraggebern über die nächsten Morde sprach.

Die Bänder sucht die Staatsanwaltschaft noch immer – „Chicago“-Leute sollen sie rechtzeitig in einem Schließfach versteckt haben. Doch es gibt einen Zeugen, dem der prahlerische Pinzner so ein Band mal vorgespielt hat. In einer eidesstattlichen Erklärung berichtete der Mann, was er gehört haben will: Gabriel, nicht Nusser, habe von Pinzner verlangt, den Bordellier Pfeilmaier umzubringen. Und Gabriel, nicht Nusser, sei der Auftraggeber für den Mord am Konkurrenten Dammer gewesen: „Der Dammer muß weg, der hat mich unmöglich gemacht. Du mußt ihn plattmachen.“

Daß Gabriel jedenfalls dabei sei, als über Pfeilmaiers Tod verhandelt wurde, weiß auch die Staatsanwaltschaft. „Tja“, habe er gesagt, als er um seine Meinung gefragt wurde. „Tja“ oder „ja“?

Wenn es den Verteidigern gelingt, den wichtigsten Zeugen als heimlichen Hintermann Pinzners zu entlarven, wäre der Prozeß um den „Killer der Nation“ geplatzt. Vorerst jedoch sind die Ankläger optimistisch: „Ein bißchen dünne bisher“ nennt der Staatsanwalt Martin Köhnke die Beweislage gegen seinen Kronzeugen.

Den Zeugen Gabriel kann man nicht fragen. Er wird, mit mehrfach veränderter Identität, seit Monaten an einem unbekannten Ort von bewaffneten Polizisten bewacht. Seine Aussage im Pinzner-Prozeß wird die allergrößten Sicherheitsvorkehrungen erforderlich machen. Denn der Zeuge muß die Leute vom Kiez fürchten.

Die haben, das wissen die Ermittler, schon einen neuen Killer.

LADENDIEBSTAHL

Tod umsonst

Selbstjustiz Im Supermarkt: Waren die Täter selber Opfer von Streß und Ausbeutung?

Der Iraner Kiomars Javadi, 20, wollte nicht im Golfkrieg sterben. Vor den Rekrutierungskommandos der Ajatollahs flüchtete er in die Bundesrepublik und beantragte politisches Asyl.

Einem gewaltsamen Ende entging Javadi dadurch nicht: Mittwoch vorletzter Woche kam er im Hinterhof des Lebensmittelmarkts „Pfannkuch“ im schwäbischen Tübingen zu Tode. Ein Angestellter, 27 Jahre alt, hielt den Iraner an den Beinen fest, ein 18jähriger Auszubildender nahm ihn so lange in den Würgegriff („Den lasse ich nicht mehr los“), bis Javadi die Luft wegblieb.

Rund 20 Kunden und Passanten sahen zu, trauten sich jedoch nicht, einzugreifen. Amtliches Obduktionsergebnis: Tod durch Erstickung.

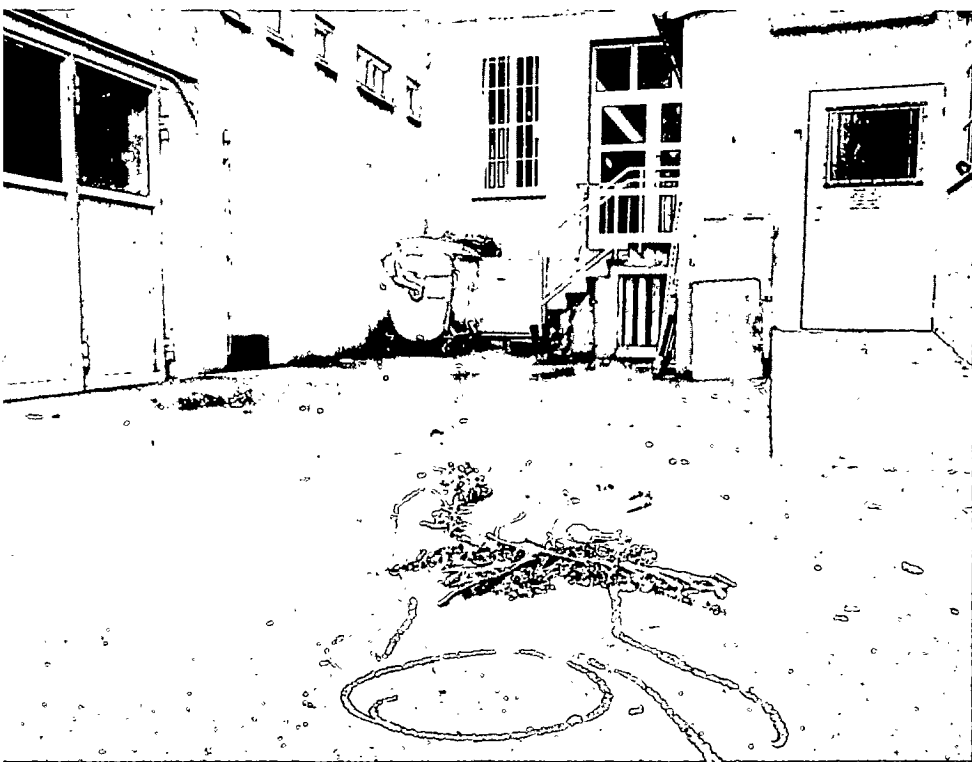
Der Anlaß für den Exzeß war alltäglich. Javadi, der in einer Sammelunterkunft wohnte und pro Tag 2,30 Mark Taschengeld erhielt, soll versucht haben,

in der „Pfannkuch“-Filiale Fleisch und Wurst zu stehlen. Statt mit seinem gefüllten Einkaufswagen an die Kasse zu fahren, wollte er sich nach Angaben des Personals durch den Hintereingang absetzen. Einer Festnahme bis zum Eintreffen der alarmierten Polizei habe er sich widersetzt, einem Verkäufer in den Finger gebissen.

Der Tod des Asylbewerbers löste in der Universitätsstadt Tübingen, wo es im Gemeinderat eine Mehrheit aus Sozialdemokraten, Alternativen und Kommunisten gibt, heftige Reaktionen aus. Bürger empörten sich in Briefen an das lokale „Schwäbische Tagblatt“ über die „steinzeitliche Lynchjustiz“, bekundeten „Abscheu, Scham und Trauer“. Ein „Aktionskomitee gegen Rassismus und

betreibt und 2800 Mitarbeiter beschäftigt, verweigerte zunächst „mit Rücksicht auf die laufenden Untersuchungen“ jegliche Stellungnahme, rang sich dann aber zum „Bedauern des Vorfalles“ durch. Geschäftsführer Arnold Heizmann sprach von einem „furchtbar traurigen Unfall“.

Selbstjustiz gegenüber tatsächlichen und vermeintlichen Ladendieben ist in bundesdeutschen Einkaufszentren und Supermärkten keine Seltenheit. Die Skala reicht von Psychoterror über Erpressung bis zur Gewalt. Erappte Kunden wurden in der Vergangenheit von einigen Firmen über Lautsprecher mit Namen und Adresse denunziert oder mittels Aushang an den Pranger gestellt.



Tatort Supermarkt-Hinterhof: „Den lasse ich nicht mehr los“

Ausländerfeindlichkeit“ organisierte eine spontane Demonstration, an einem Trauerzug für den toten Iraner nahmen über 2000 Menschen teil.

Demonstranten forderten „Pfannkuch“-Kunden zum Einkaufsboykott auf, an die Schaufensterscheiben des Ladens, wo sonst für Sonderangebote geworben wird, wurden Protestplakate geklebt: „Hier gibt es den Tod umsonst.“ Nach telefonischen Bombendrohungen und Blockaden vor der Eingangstür wurde die Filiale letzte Woche auf Anordnung der Karlsruher „Pfannkuch“-Zentrale vorübergehend dichtgemacht – offiziell „wegen Umbaus“. Unbekannte ergänzten die Firmenverlautbarung: „Wegen Mordes geschlossen“.

Der Lebensmittelkonzern, der im südwestdeutschen Raum rund 170 Filialen

Der Filialleiter eines Ulmer Supermarktes ließ eine hochschwangere Frau, die ein Päckchen Suppenfleisch für 4,06 Mark geklaut hatte, zur Strafe einen Monat lang den Firmenhof fegen („Oder ich sag's Ihrem Mann“). Ein Frankfurter Baustoffgroßmarkt verzichtete immer dann auf Einschaltung der Polizei, wenn beim Stehlen erwischte Kunden eine „Bearbeitungsgebühr“ von 50 Mark zahlten und sich verpflichteten, unentgeltlich auf dem Bauhof zu malochen.

Oft geht es nur um Bagatellen, steht der Wert gestohlener Waren im umgekehrten Verhältnis zum Übereifer der Verfolger. Ein Münchner Ladendieb, der eine Tafel Schokolade entwendet hatte, verlor durch den Karateschlag eines Detektivs seine Vorderzähne; einem Frankfurter Ladendieb, der Le-

bensmittel im Wert von zehn Mark mitgehen lassen wollte und nach seiner Enttarnung mehrere Fluchtversuche unternahm, wurde von einem Angestellten mit dem Gummiknüppel ein Auge ausgeschlagen.

Der Münsteraner Kriminologe Hans Joachim Schneider glaubt, daß bei der Entdeckung und Bestrafung von Ladendieben auch „sonst nur mühsam unterdrückte kriminelle Sehnsüchte“ des Personals frei werden – der einzelne bekämpfe im Dieb „gleichzeitig den eigenen inneren Schweinehund“.

Obwohl Ladendiebstahl ein Massen delikt sei, das von Angehörigen aller sozialen Schichten verübt werde, gerieten vor allem Randgruppen ins Visier, etwa Ausländer, arbeitslose Jugendliche oder Stadtstreicher. Schneider: „Selektive Wahrnehmung.“

So mag es auch in Tübingen gewesen sein. Wäre Kiomars Javadi „nicht Ausländer gewesen“, kommentierte die „Tagesszeitung“, hätte der Diebstahlsverdacht „wohl nicht seinen Tod bedeutet“.

Mitarbeiter der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) sind indessen überzeugt, daß der Tübinger Todesfall auch im Zusammenhang mit dem „wahnsinnigen Druck und Streß“ gesehen werden müsse, dem die Beschäftigten im Einzelhandel ausgesetzt seien. Der Reutlinger HBV-Sekretär Ernst Bodenmüller: „Aus den Leuten wird doch das Letzte herausgeholt.“

Vor allem in der Lebensmittelbranche, in der sich wenige Supermarktketten einen ruinösen Verdrängungswettbewerb liefern, werden die knappen Gewinnmargen hauptsächlich durch Personaleinsparungen und Niedriglöhne erzielt. Folge: Schlecht bezahlte Mitarbeiter sollen immer mehr leisten. Gewerkschafter Bodenmüller: „Das macht aggressiv.“

Ein Supermarktangestellter, der drei Jahre lang Einzelhandelskaufmann gelernt hat, verdient nach dem gültigen Tarif in Baden-Württemberg in der Endstufe 2215 Mark brutto, bekommt etwa 1500 Mark ausgezahlt. Hat er Frau und zwei Kinder zu ernähren, geht es ihm mit dem Sozialhilfesatz besser.

Eine angelegerte Kassiererin, die acht Stunden täglich an der Registrierkasse tippen muß und bei einigen Unternehmen für etwaige Differenzbeträge mit eigenem Geld einzustehen hat, muß sich sogar mit 1755 Mark brutto, etwa 1200 Mark netto, zufriedengeben. Sogenannte Fangprämien, wie sie nach Erkenntnissen der HBV auch bei „Pfannkuch“ für die Festnahme von Dieben gezahlt werden, sind als zusätzliche Einnahme allemal willkommen.

Hinzu kommt, daß die aus Ladendiebstählen resultierenden Inventarverluste das Betriebsklima vergiften. Es sei schon vorgekommen, klagt die Gewerkschaft, daß Filialleitern bei Minusbeständen mit Kündigung gedroht worden sei. Der Druck werde an die Untergebenen wei-

tergegeben, die Wut auf Diebe systematisch geschürt.

Ob der Lehrling, der den Iraner würgte, solche Wut abregierte, auf eine Prämie scharf war oder sich bei Vorgesetzten andienen wollte, ist noch ungeklärt. Die Tübinger Staatsanwaltschaft, die gegen den 18jährigen und seinen 27jährigen Kollegen wegen Körperverletzung mit Todesfolge ermittelt, will auch prüfen, ob etwa rassistische oder neonazistische Motive eine Rolle spielten.

Die Firma „Pfannkuch“ hat den Auszubildenden zunächst einmal beurlaubt.

STROM

Eindeutig meßbar

Die DDR will bundesdeutschen Strom kaufen – schwierig bleibt die Bezahlung.

Im Frühjahr hatte Erich Honecker den Frost des Winters noch nicht vergessen. Interessiert erkundete er bei seinem Messegast in Leipzig, dem Bonner Wirtschaftsminister Martin Bangemann, ob der allwinterlichen Energiekrise in der DDR nicht mit einem Stromstoß aus dem Westen beizukommen sei.

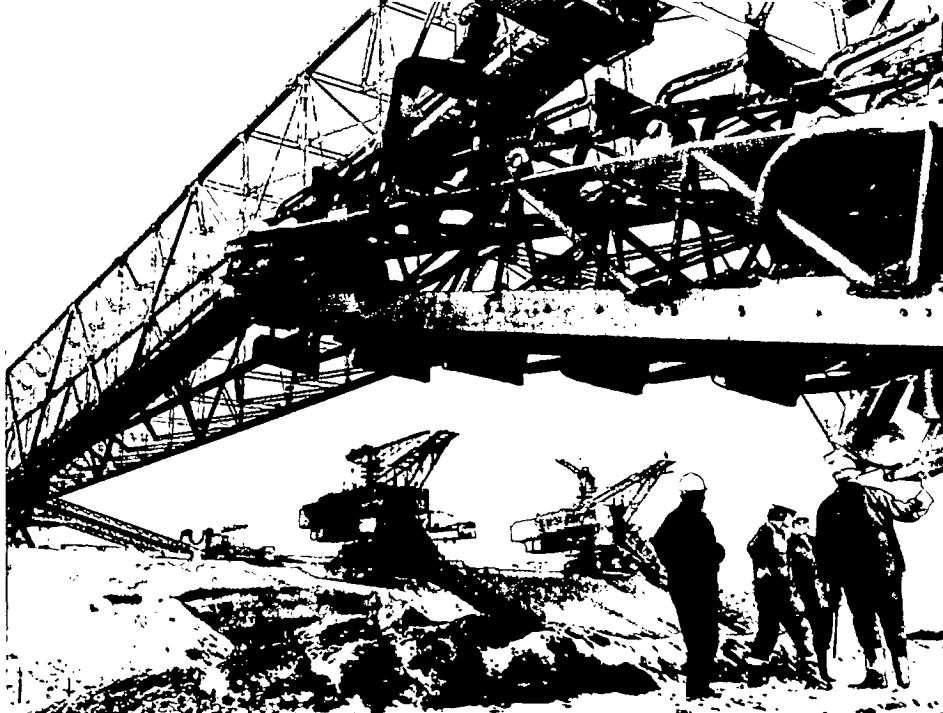
Der Liberale brachte Fachleute des DDR-Staatsratsvorsitzenden mit den Stromhändlern der Hannoveraner Veba-Tochter PreussenElektra zusammen. Seither verhandeln Sozialisten und Kapitalisten über einen für beide Seiten vorteilhaften Verbund der Systeme – offenbar mit Erfolg.

Honecker hat, wenn er nächste Woche nach Bonn kommt, eine „Absichtserklärung“ über den Stromhandel im Gepäck. Politisch ist auch von Bonner Seite alles klar. Problematisch ist nur noch der Preis: Die DDR will möglichst wenig in harter Währung bezahlen.

Seit Jahren gerät die DDR in jeder längeren Frostperiode in Energienot. In ihren Kraftwerken wird hauptsächlich die eigene, wasserhaltige Braunkohle verfeuert. Die Brennstoffvorräte in den Stromfabriken reichen zum Teil nur für eineinhalb Tage. Wenn es friert, stockt der Abbau, oft müssen Soldaten der Nationalen Volksarmee in Sondereinsätzen helfen.

Das Problem verschärft sich noch, weil die DDR-Führung, beeindruckt von der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl, die Ausbaupläne für Kernkraftwerke drastisch zurückgestutzt hat. Der projektierte Zusatzbedarf an Strom ist mit Braunkohle allein nicht zu decken.

Die Kapazitäten sind ausgereizt, und die Umweltbelastung aus den Schloten der Kohlekraftwerke ist jetzt schon unerträglich. Im vergangenen Winter bezog die DDR Strom aus der Tschechoslowakei und Österreich. Außerdem kaufte sie zusätzlich Öl ein.



Braunkohle-Abbau in der DDR: Im Winter Notkäufe bei den Nachbarn

Ein geregelter Elektrizitätshandel mit einem bundesdeutschen Stromkonzern wäre auf jeden Fall billiger als die Notkäufe. So richtig erfreulich aber könnte ein Stromvertrag für die DDR werden, wenn deren Berlin-Pläne gelingen.

West-Berlin erzeugt seinen Strom selbst, in meist kleinen, zum Teil veralteten Kohlekraftwerken. Die meisten dieser Kraftwerke müssen in den nächsten Jahren mit viel Aufwand modernisiert oder durch Neubauten ersetzt werden, um den in Berlin relativ häufigen Smogalarm zu verhindern. Einen Teil der Kosten könnten die Berliner sparen, wenn auch sie Strom aus dem Bundesgebiet bezögen.

Bisher waren solche Pläne stets am Sicherheitsbedürfnis der Stadt gescheitert. Berlin-Politiker fürchteten, die DDR-Kommunisten könnten ihnen eines Tages die Stromzufuhr kappen.

Inzwischen jedoch spielen solche Sorgen kaum noch eine Rolle. Die Berliner würden sich sofort auf Stromkäufe aus dem DDR-Netz einlassen. Zur Sicherheit wollen sie für diesen Fall ihre dann nicht mehr benötigten Dreckschleudern nur einmotten.

Die Bereitschaft der DDR, Bundesstrom für West-Berlin in Überlandleitungen über ihr Staatsgebiet zu transportieren, entspringt ökonomischer Einsicht. Für die Dienstleistung kann Ost-Berlin der PreussenElektra ein Weggeld in D-Mark abfordern und damit einen Teil des für eigene Zwecke benötigten Stroms bezahlen.

Je mehr Strom die DDR aus der Bundesrepublik bezieht, desto sicherer können sich zudem die West-Berliner fühlen. Es ergäbe sich eine gegenseitige Abhängigkeit, die ein Abschalten der Stromzufuhr als politische Repressalie zu einem riskanten Spiel machte.

Phantasievolle Experten denken sogar schon weiter. Die Braunkohle-Kraftwerke liegen im Süden der DDR. Der Strom aber wird zum großen Teil im Norden gebraucht. Wenn die DDR mit ihrem Südstrom West-Berlin versorgte, im Norden aber Weststrom aus der Steckdose käme, würden Leitungsverluste vermieden.

Weil die Vorteile für alle Seiten so auf der Hand liegen, geben Fachleute im Bonner Wirtschaftsministerium einem Stromverbund heute mehr Chancen als früheren Projekten der Ostpolitiker und Osthändler. In den 70er Jahren hatte die bundesdeutsche Kraftwerk Union darüber verhandelt, im sowjetischen Kaliningrad (Königsberg), in Polen oder in der DDR ein Kernkraftwerk zu bauen. Bezahlt werden sollte die westliche Aufbauleistung mit Stromlieferungen. Die Pläne scheiterten aus politischen und ökonomischen Gründen.

Inzwischen hat sich im deutsch-deutschen Verhältnis vieles getan. Seit Oktober 1985 fließt sowjetisches Erdgas nach West-Berlin, in einer Pipeline, die von der CSSR über DDR-Gebiet führt. Bisher läuft das Geschäft reibungslos.

Am Donnerstag der vergangenen Woche schließlich nahm Postminister Christian Schwarz-Schilling auf der Internationalen Funkausstellung die erste Glasfaser-Verbindung zwischen West-Berlin und dem Bundesgebiet in Betrieb. Auf dem Streckenabschnitt zwischen Salzwedel und Staaken fertigten DDR-Monteur die „Kommunikations-Autobahn“ (Schwarz-Schilling) für 35 Millionen Westmark.

Ganz ähnlich wie bei dem anvisierten Stromverbund sind auch bei diesem Geschäft die Vorteile für die DDR eindeutig meßbar: Ihre Post bekommt jährlich für Betrieb und Unterhaltung des Kabels 6,2 Millionen Mark.